

*Herbert Walther*

Durch den Prozess der Globalisierung gerät der „universalistische“ Wohlfahrtsstaat, in Bedrängnis. Obwohl auch alte Industrieländer, wie Österreich, durch stark steigende Exporte in bestimmten Sektoren von der Globalisierung profitieren, ist das Beschäftigungssystem durch den beschleunigten Strukturwandel erheblich unter Druck geraten.

Orthodoxe Ökonomen fordern deshalb „flexiblere“ Arbeitsmärkte, was den Abbau von arbeits- und sozialrechtlichen Schutzbestimmungen meint, um den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen. Nur wenn wir eine höhere Lohnspreizung akzeptieren, können auch Problemgruppen – wie Geringqualifizierte – von der neuen weltweiten Arbeitsteilung profitieren. Diese These stützt sich jedoch auf höchst zweifelhafte empirische „Evidenz“. Neuere Studien belegen klar, dass es keinen relevanten Zusammenhang zwischen der Höhe an struktureller Arbeitslosigkeit und dem Anteil der Sozialausgaben am BIP oder gar der Einkommensersatzrate bei Arbeitslosigkeit gibt. Allerdings steht eindeutig fest, dass Staaten mit höheren Sozialabgabequoten auch einen deutlich höheren Grad an Einkommens- und generationenübergreifende Chancengleichheit erzielen.

Diese empirischen Befunde scheinen dafür zu sprechen, dass die Probleme des Arbeitsmarktes im Schatten der Globalisierung nur politisch instrumentalisiert werden, um jenes Ziel zu erreichen, das manche schon immer angestrebt haben: den Wohlfahrtsstaat zurückzudrängen („Dismanteling of the Welfare State“).